

Auftragsbekanntmachung

Bauftrag

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1) **Name und Adressen**

Offizielle Bezeichnung: Städtisches Klinikum Karlsruhe gGmbH

Postanschrift: Moltkestr. 90

Ort: Karlsruhe

NUTS-Code: DE122

Postleitzahl: 76133

Land: Deutschland

Kontaktstelle(n): Petra Haeusler

E-Mail: gb6-vergabe@klinikum-karlsruhe.de

Telefon: +49 721/974-1501

Fax: +49 721/974-921581

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: <http://www.klinikum-karlsruhe.com>

I.2) **Informationen zur gemeinsamen Beschaffung**

I.3) **Kommunikation**

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.subreport.de/E83182137>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://www.subreport.de/E83182137>

I.4) **Art des öffentlichen Auftraggebers**

Andere: gGmbH

I.5) **Haupttätigkeit(en)**

Gesundheit

Abschnitt II: Gegenstand

II.1) **Umfang der Beschaffung**

II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

Zielplanung, Neubauvorhaben Haus M, Telekommunikation und Alarmserver

II.1.2) **CPV-Code Hauptteil**

45215100

II.1.3) **Art des Auftrags**

Bauftrag

II.1.4) **Kurze Beschreibung:**

Neubau eines Klinikgebäudes (Haus M), mit Arztdienstbereichen, Zentraler Notaufnahme, Intensivpflege, Zentral-OP (20-Säle), Zentraler Sterilgutversorgung, Allgemeinpflege. Insgesamt BGF 53 600 m², ein Tiefgeschoss, sechs Obergeschosse: Telekommunikation und Alarmserver

II.1.5) **Geschätzter Gesamtwert**

- II.1.6) **Angaben zu den Losen**
Aufteilung des Auftrags in Lose: nein
- II.2) **Beschreibung**
- II.2.1) **Bezeichnung des Auftrags:**
- II.2.2) **Weitere(r) CPV-Code(s)**
- II.2.3) **Erfüllungsort**
NUTS-Code: DE122
Hauptort der Ausführung:
Städtisches Klinikum Karlsruhe gGmbH, Moltkestr. 90, 76133 Karlsruhe
- II.2.4) **Beschreibung der Beschaffung:**
Gegenstand der Ausschreibung ist die Telekommunikationsausstattung für das Neubauvorhaben Haus M mit Integration in den vorhandenen TK-Verbund des Städtischen Klinikums Karlsruhe.
Aufgrund des im Städtischen Klinikum Karlsruhe vorhandenen Telekommunikationsverbundes muss die neue Ausstattung für Haus M mit der vorhandenen TK-Infrastruktur interagieren können. So ist beispielsweise das gesamte Notfall-Management auf die vorhandenen Komponenten der Firma UNIFY angepasst. Dabei werden auch proprietäre Funktionen genutzt, welche nur von dieser Systemtechnik unterstützt werden (Bsp.: Zwangstrennung von Gesprächsverbindungen bei Alarm). Da diese Funktionen nur mit homogener Technik des vorhandenen Herstellerproduktes gewährleistet werden können, muss die Ausstattung für Haus M zwingend durch identische Systemtechnik des gleichen Herstellers erfolgen.
Des Weiteren berücksichtigt die Ausschreibung ein Alarmserversystem, welches die telefonische Alarmierung über das TK-Netz gewährleistet. Der Alarmserver ist in diesem Falle mit dem im Klinikum vorhandenen Alarmserver zu koppeln, so dass bei Ausfall eines Systems die Alarmabarbeitung von dem alternierenden System gewährleistet ist.
Diesbezüglich muss hierzu zwingend ein Alarmserver der Firma Tetronik (DAKS) zum Einsatz gebracht werden. Über den Alarmserver ist auch ein "Nurse-Call-Konzept" zu realisieren.
Hierfür sind die erforderlichen Komponenten im Leistungsverzeichnis spezifiziert.
- II.2.5) **Zuschlagskriterien**
Die nachstehenden Kriterien
Preis
- II.2.6) **Geschätzter Wert**
- II.2.7) **Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems**
Laufzeit in Monaten: 6
Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein
- II.2.10) **Angaben über Varianten/Alternativangebote**
Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein
- II.2.11) **Angaben zu Optionen**
Optionen: nein
- II.2.12) **Angaben zu elektronischen Katalogen**
- II.2.13) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**
Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein
- II.2.14) **Zusätzliche Angaben**

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) **Teilnahmebedingungen**

III.1.1) **Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Eigenerklärung des Bieters / der Bietergemeinschaft gem. VOB/A § 6a EU. Hierfür ist das Formblatt KEV 179 zwingend zu verwenden. Alternativ: Eintragungen im Präqualifikationsverzeichnis.

Der AG behält sich vor im Laufe der Angebotsprüfung folgende Nachweise zur Befähigung zur Berufsausübung anzufordern:

- Gewerbeanmeldung
- Handelsregisterauszug
- Eintragung Handwerksrolle oder Industrie- und Handelskammer
- Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse oder Krankenkasse
- Unbedenklichkeitsbescheinigung in Steuerangelegenheiten (Finanzamt)
- Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft des Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsummen
- Gewerbezentralregisterauszug

III.1.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Vorzulegen ist der Gesamtumsatz (netto) des Unternehmens aus den letzten 3 Geschäftsjahren für alle Leistungen unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Aufträgen (VOB/A § 6a EU). Der durchschnittliche Jahresgesamtumsatz muss mindestens 500.000,-EUR (netto) betragen. Die Nichterfüllung führt zum Ausschluss.

Hierfür ist das Formblatt KEV 179 zwingend zu verwenden. Alternativ: Eintragungen im Präqualifikationsverzeichnis.

Die Umsatzzahlen sind von jedem Mitglied einer Bietergemeinschaft vorzulegen und werden kumuliert betrachtet.

Der AG behält sich vor im Laufe der Angebotsprüfung folgende Nachweise zur wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit anzufordern:

- eine Bestätigung der Umsätze der vergangenen drei Geschäftsjahre durch den Steuerberater oder testierte Jahresabschlüsse oder Gewinn- und Verlustrechnungen,
- Nachweis Berufshaftpflichtversicherung.

III.1.3) **Technische und berufliche Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Angaben zur Leistung, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind:

3 Referenznachweise aus den letzten 5 abgeschlossenen Geschäftsjahren mit mindestens folgenden Angaben:

- Ansprechpartner – Art der ausgeführten Leistung – Auftragssumme – Ausführungszeitraum – stichwortartige Benennung des mit eigenem Personal ausgeführten maßgeblichen Leistungsumfangs einschl. Angabe der ausgeführten Mengen;
- Zahl der hierfür durchschnittlich eingesetzten Arbeitnehmer;
- Stichwortartige Beschreibung der besonderen technischen und gerätespezifischen Anforderungen bzw. (bei Komplettleistung) Kurzbeschreibung der Baumaßnahme einschließlich eventueller Besonderheiten der Ausführung;
- Angabe zur Art der Baumaßnahme (Neubau, Umbau, Denkmal);
- Angaben zur vertraglichen Bindung (Hauptauftragnehmer, ARGE-Partner, Nachunternehmer);
- ggf. Angabe von Gewerken, die mit eigenem Leitungspersonal koordiniert wurden.

Hierfür ist das Formblatt KEV 179 zwingend zu verwenden. Alternativ: Eintragungen im Präqualifikationsverzeichnis.

Der AG behält sich vor im Laufe der Angebotsprüfung folgende Nachweise zur technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit anzufordern:

- Referenzbescheinigungen zu den genannten Referenzobjekten,
- Angaben über die Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Kalenderjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte, gegliedert nach Lohngruppen mit gesondert ausgewiesenem technischen Leitungspersonal.

III.1.5) **Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen**

III.2) **Bedingungen für den Auftrag**

III.2.2) **Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:**

Sicherheit für Vertragserfüllung (Vertragserfüllungsbürgschaft) in Höhe von 5 v. H. der Auftragssumme einschl. Nachträge (brutto).

Sicherheit für Mängelansprüche (Gewährleistungsbürgschaft) in Höhe von 3 v. H. der Abrechnungssumme einschl. Nachträge (brutto).

Sofern eine Bietergemeinschaft gebildet wird, ist mit dem Angebot eine Bietergemeinschaftserklärung einzureichen, aus der die gesamtschuldnerische Haftung und ein vertretungsberechtigtes Mitglied der Bietergemeinschaft hervorgeht. Das Formblatt KEV 175 (s. Vergabeunterlagen) ist hierfür zwingend zu verwenden.

Verpflichtungserklärung zum Landes Tariftreue- und Mindestlohngesetz LTMG-BW, Bestätigung über Formblatt KEV 179.3 in den Vergabeunterlagen.

Im Rahmen der Ausführung des Auftrages ist die Baustellenordnung des Auftraggebers zu beachten. Weitere Bedingungen siehe Vergabeunterlagen.

III.2.3) **Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal**

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1) **Beschreibung**

IV.1.1) **Verfahrensart**

Offenes Verfahren

IV.1.3) **Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem**

IV.1.4) **Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs**

IV.1.6) **Angaben zur elektronischen Auktion**

IV.1.8) **Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2) **Verwaltungsangaben**

IV.2.1) **Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren**

IV.2.2) **Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge**

Tag: 03/07/2020

Ortszeit: 11:00

IV.2.3) **Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**

IV.2.4) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:**
Deutsch

IV.2.6) **Bindefrist des Angebots**
Das Angebot muss gültig bleiben bis: 26/08/2020

IV.2.7) **Bedingungen für die Öffnung der Angebote**
Tag: 03/07/2020
Ortszeit: 11:00
Ort:
Städtisches Klinikum Karlsruhe gGmbH (Haus W, 1. OG), Kußmaulstraße 1, 76187 Karlsruhe.
Angaben über befugte Personen und das Öffnungsverfahren:
Die Öffnung der Angebote wird von mindestens 2 Vertretern des AG gemeinsam durchgeführt.
Das Öffnungsverfahren verläuft gemäß § 14 EU VOB/A.
Die Niederschrift des Öffnungstermins wird allen Bietern elektronisch zur Verfügung gestellt.

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) **Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen**

VI.3) **Zusätzliche Angaben:**
Weitere Bedingungen, insbesondere Vorgaben zur Einreichung von Angeboten, sind den Vergabeunterlagen zu entnehmen. Die kompletten Vergabeunterlagen werden unter der Plattform „subreport“ unter <http://www.subreport.de> unter Angabe der ELVIS-ID-Nr. E83182137 kostenlos zur Verfügung gestellt.
Eine vorherige, kostenlose Registrierung bei „subreport“ wird empfohlen, um in den Nachrichten-Verteiler zu gelangen. Die Informationspflicht (Bieterfragen, Änderungen, etc.) obliegt bis zur Abgabefrist beim Bieter.
Zusätzliche Fragen über die Vergabeunterlagen und das Anschreiben stellen Sie bitte über die Vergabepattform „subreport“ unter <http://www.subreport.de>, mit o. g. ELVIS-ID-Nr. ein. Bieterfragen außerhalb der Vergabepattform werden inhaltlich nicht beantwortet.
Die Vergabestelle wird allen bekannten Interessenten die Auskünfte schnellstmöglich, spätestens 6 Kalendertage vor Ablauf der Angebotsfrist über die Auftragsplattform „subreport“ erteilen. Nach diesem Termin ist die Möglichkeit der Auskunftserteilung nicht mehr gegeben. Sollte eine automatische Abwesenheitsnotiz des Bieters/Bewerbers auf der Vergabepattform oder beim AG eingehen, wird keine weitere Benachrichtigung verschickt. Etwaige Bieterfragen sind unverzüglich, spätestens jedoch 10 Kalendertage vor Angebotsabgabe zu stellen.
Im Weiteren sind für die geforderten Erklärungen und Nachweise ausschließlich die vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Formblätter zu verwenden. Der Auftraggeber behält sich vor, Angebote, welche ohne Verwendung dieser Formblätter eingereicht werden, vom weiteren Verfahren auszuschließen.
Sofern Nachunternehmer vorgesehen werden, sind diese namentlich und in Bezug auf die hierfür vorgesehene Leistung zu benennen. Die Vorlage weiterer Nachweise (z. B. Eignungsnachweise gem. VOB/A § 6a EU sowie eine Verpflichtungserklärung des Nachunternehmers) ist im Rahmen der ersten Angebotsauswertung noch nicht erforderlich; die Vergabestelle behält sich jedoch vor, solche weiteren Nachweise im Verlauf des weiteren Verfahrens anzufordern. Nachunternehmer haben hierbei zu VOB/A § 6a EU Nummer 3, Nachweis der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit, nur Nachweise für den von ihnen verantworteten Leistungsbereich vorzulegen.
Sollte sich erst zu einem späteren Zeitpunkt herausstellen, dass der Bieter nicht oder nicht mehr geeignet ist, behält sich die Vergabestelle auch einen nachträglichen Ausschluss vor.

Ein Nachunternehmerwechsel (Neubenennung, Wegfall oder Auswechslung eines Nachunternehmers) nach Abschluss der Angebotsauswertung ist nur in begründeten Ausnahmefällen möglich die dem AG unverzüglich anzuzeigen sind. Der AG behält sich vor, einen solchen Nachunternehmerwechsel in begründeten Fällen zu genehmigen; einen Anspruch hierauf haben die Bieter jedoch nicht.

Die unter Punkt III.2) aufgeführten Eignungsnachweise sind prinzipiell nur durch den Hauptbieter bzw. Bietergemeinschaftsmitglieder zu erbringen.

Fehlende Erklärungen und Nachweise in den Angebotsunterlagen werden von der Vergabestelle nachgefordert.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe

Postanschrift: Durlacher Allee 100

Ort: Karlsruhe

Postleitzahl: 76137

Land: Deutschland

E-Mail: poststelle@rpk.bwl.de

Telefon: +49 721/9268730

Fax: +49 721/9263985

Internet-Adresse: <http://www.rp-karlsruhe.de/servlet/PB/menu/1159131/index.html>

VI.4.2) **Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren**

VI.4.3) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Es gilt die am 18.4.2016 in Kraft getretene Neufassung des GWB (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen). Auf folgende Punkte wird hingewiesen:

— § 134 GWB Informations- und Wartepflicht:

Demnach darf ein Vertrag erst 15 Kalendertage nach Absendung der Information an die nicht berücksichtigten Bieter geschlossen werden. Wird die Information per Fax oder auf elektronischem Weg versendet, verkürzt sich die Frist auf 10 Kalendertage.

— § 160 Einleitung, Antrag:

Der Antrag ist unzulässig, soweit:

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat;
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden;
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden;
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, eine Rüge nicht abhelfen wollen, vergangen sind.

VI.4.4) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

22/05/2020